

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	19.11.2024	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Kommunale Wärmeplanung: Informations- und Beteiligungsformate

Betroffene Produktgruppe

11.14.04

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

CO₂-Reduzierung zur Erreichung der Bielefelder Klimaschutzziele

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

29.000 € im Budget 2024 enthalten; 9.500 € im Budget 2025 eingeplant

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

AfUK 23.04.2024, TOP Ö12, Drs.-Nr. 7880/2020-2025; AfUK, 18.04.2023, TOP Ö8 Präsentation, AfUK 27.08.2024, TOP14 Drs.-Nr. 8161/2020-2025

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt im Rahmen der Öffentlichkeitsmaßnahmen zur kommunalen Wärmeplanung:

- 1. die Durchführung von Informationsveranstaltungen für die Stadtgesellschaft und die Bildung eines Arbeitskreises (Stakeholder) zur Begleitung des Prozesses. Die Finanzierung erfolgt durch die im Haushaltsplan angemeldeten Mittel des Klimaschutzbudgets 2025. Hierfür sind 9.500 € eingeplant.**
- 2. die Erarbeitung einer Öffentlichkeitskampagne mit entsprechenden Materialien durch ein Planungs- und Grafikbüro. Die Finanzierung erfolgt mit maximal 29.000 € aus dem Klimaschutzbudget 2024.**

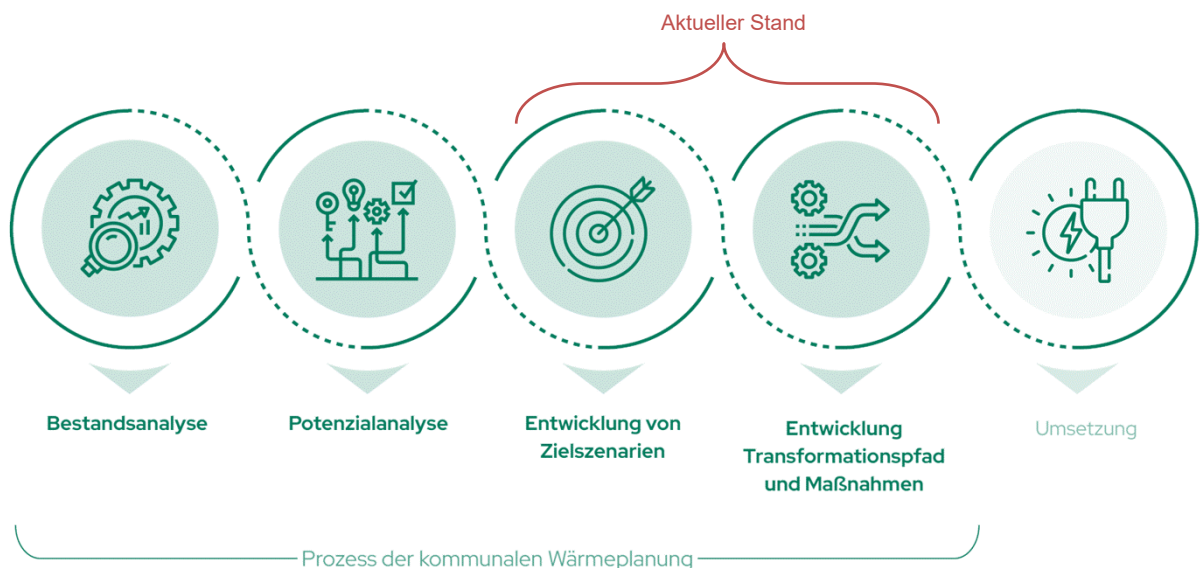
Begründung:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK) hat in seiner Sitzung vom 27.08.2024 beschlossen, dass die Verwaltung während der Erarbeitung und Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung (KWP) die Öffentlichkeit regelmäßig informiert und zur Begleitung des Prozesses einen Arbeitskreis mit Stakeholdern der Stadtgesellschaft einrichtet, um die Transparenz und Partizipation der interessierten Parteien und Stakeholder bei der kommunalen Wärmeplanung sicherzustellen.

Die KWP Bielefelds ist ein zentrales Handlungsfeld im Maßnahmenpaket der Konzeptstudie "Klimaneutral 2030". Sie zielt darauf ab, eine nachhaltige, klimafreundliche Wärmeversorgung aufzubauen. Dabei stehen der Ausbau des Fernwärmenetzes, die Schaffung neuer Nahwärmenetze und der Umstieg auf erneuerbare Energien in dezentralen Versorgungsgebieten im Fokus. Die Bürgerbeteiligung ist entscheidend, um Transparenz zu schaffen, Vertrauen aufzubauen und die Akzeptanz der Maßnahmen zu fördern. Breit aufgestellte Informationsmaßnahmen sind deshalb für ein Gelingen der Wärmewende entscheidend.

Gesetzliche Vorgaben:

Bielefeld hat schon frühzeitig vor Verabschiedung des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) mit der Erarbeitung der kommunalen Wärmeplanung begonnen. Aus diesem Grund sind die Vorgaben des WPG zwar nicht bindend für Bielefeld, werden aber zur Umsetzung empfohlen. Deshalb orientieren sich die geplanten Maßnahmen zur Beteiligung an den rechtlichen Vorgaben des WPG, welches eine frühzeitige Einbindung der Bürger*innen und relevanten Akteuren fordert. Das WPG muss in den Bundesländern zunächst in Landesgesetze überführt werden, für NRW liegt zurzeit ein Entwurf für ein Landeswärmeplanungsgesetz NRW (LWPG) vor, der bis Jahresende verabschiedet werden soll. Hierin ist die Übernahme der Bundesregelungen zur Beteiligung geplant. Die Erarbeitung der KWP teilt sich in die im folgenden Schaubild dargestellten Phasen:



Im Rahmen der Erarbeitung der KWP sind die Stadtwerke Bielefeld (SWB) in allen Phasen intensiv eingebunden. Alle im folgenden aufgeführten Informations- und Beteiligungsmaßnahmen im Rahmen der KWP werden deshalb eng mit den SWB abgestimmt.

Aktuell ist die Potenzialanalyse nahezu abgeschlossen, der Prozess zur Entwicklung von Zielszenarien und eines Transformationspfades mit entsprechendem Maßnahmenportfolio ist zurzeit in Bearbeitung. Hierfür werden innerhalb der Verwaltung die Organisationseinheiten breit eingebunden.

Bisher wurde regelmäßig in den politischen Gremien über den jeweiligen neuesten Stand informiert und aktuelle Informationen im Internet bereitgestellt. Zusätzlich wurde auf mehreren Veranstaltungen über die KWP informiert und für das Modellquartier Dürerstraße eine Informationsveranstaltung für die Anwohner*innen zur Fernwärmeplanung durchgeführt.

Für die Einbindung der Stadtgesellschaft in den weiteren Prozess, in dem die entwickelten Zielszenarien und das Maßnahmenportfolio vorgestellt und näher erläutert werden sollen, sind folgende Elemente geplant:

1.1 Informationsveranstaltungen

- Zur Information der Stadtgesellschaft über den aktuellen Stand der Erarbeitung der KWP sind dezentrale Veranstaltungen in den Bezirken geplant. Hierfür werden Bürger*innen aus mehreren Bezirken gemeinsam eingeladen. Eine Durchführung ist für Anfang 2025 geplant.
- In den Gebieten, die für den Nah- und Fernwärmeausbau vorgesehen sind, sollen Informationsveranstaltungen für die betroffenen Anwohner*innen durchgeführt werden, wie schon im Pilotquartier Dürerstraße. Dabei sollen örtliche Besonderheiten und spezifische Interessen berücksichtigt werden.

Für diese Veranstaltungen können je nach gewählten Räumlichkeiten Mietkosten anfallen, die über das laufende Klimaschutzbudget gedeckt werden. Vorsorglich eingeplant sind für die Veranstaltungen bis zu 4.500 €.

1.2 Stakeholder-Veranstaltungen

Zur Einbindung der Akteure, die für die Umsetzung der KWP wichtige Partner sind, wie z.B. Wohnungsbaugesellschaften, lokales Handwerk, Unternehmens- und Wohnungswirtschaftsverbände, Bildungseinrichtungen, etc., wird es Anfang 2025 eine Auftaktveranstaltung in der WissensWerkStadt geben. Hierbei geht es um die breite Diskussion der Maßnahmen und der Möglichkeiten zur gemeinsamen Umsetzung. Die Akteure werden in regelmäßigen Abständen über weitere Veranstaltungen eingebunden, Ziel ist es, gemeinsam die Umsetzung entsprechende Maßnahmen zu planen.

Für diese Veranstaltung entstehen Kosten für Moderation, Miete der Räumlichkeiten in der WissensWerkStadt, und für die Bewirtung. Diese belaufen sich nach den aktuellen Planungen auf ca. 5.000 €, die aus dem Klimaschutzbudget gedeckt werden.

2 Öffentlichkeitskampagne

Begleitend zur Information über die Wärmeplanung und ihre Vorteile wird eine Öffentlichkeitskampagne entwickelt, um Akzeptanz und Bewusstsein zu fördern. Insbesondere in den Bezirken wird hierüber zu Unterstützungsangeboten informiert. Durch die Nutzung von Social Media, städtischen Webseiten, lokalen Medien, Flyern und weiteren Elementen, die mit einem Fachbüro entwickelt werden sollen, sollen möglichst viele Menschen angesprochen werden.

Für die Konzipierung der Kampagne und die Erarbeitung entsprechender Materialien soll ein Auftrag an ein örtliches Planungs- und Grafikbüro vergeben werden. Vorgesehen sind hierfür maximal 29.000 €, die aus dem Klimaschutzbudget 2024 gedeckt werden sollen.

Weitere Kosten, insbesondere für externe Moderation, zusätzliche erforderliche Veranstaltungen oder technische Unterstützung, sind derzeit noch nicht bezifferbar und werden im weiteren Verlauf konkretisiert. Eine laufende Abstimmung mit den beteiligten Partnern stellt sicher, dass die Finanzierung sparsam und wirtschaftlich gestaltet wird.

Beigeordneter

Martin Adamski

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.